

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 56 (1976-1977)
Heft: 10

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt

FINANZKLEMME UND POLITISCHES THEORIEDEFIZIT

Wenn gegenwärtig in diesem Land über *eines* ein Konsens besteht, dann ist es die Einsicht, dass die öffentlichen Haushalte stabilisiert werden müssen. Dieser Ansicht sind heute selbst jene, die im Zweifelsfall immer für vermehrte Staatstätigkeit eintreten. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt hat in den letzten Jahren so krass zugenommen, dass sich selbst linke Sozialdemokraten darüber Gedanken machen, wie denn die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bei gleichbleibendem Trend am Schluss noch aufgehen solle. Und da in weiten Bereichen der Staatstätigkeit eine jährliche Zuwachsrate praktisch zwangsläufig ist, bleibt eigentlich nichts anderes übrig, als den Forderungskatalog an die öffentliche Hand dort zu redimensionieren und zu straffen, wo noch Margen vorhanden sind: bei der Ausweitung von alten und bei der Postulierung von neuen Aufgaben. Darüber hinaus gilt es, bisherige Staatstätigkeiten auf ihre Qualität und ihr wirklich nötiges Ausmass hin rigoros zu überprüfen.

Doch damit haben wir den Boden eidgenössischer Übereinstimmung längst verlassen. Landauf landab wird gegenwärtig versucht, den Pelz zu waschen, ohne ihn nass zu machen. Wer «sparen» sagt, meint bei näherem Zusehen normalerweise «die andern». Bei jedem Haushaltsposten finden sich Leute, die bei allfälliger Kürzung das Vaterland als ganzes in Gefahr sehen. Dazu kommt das landläufige budgettechnische Verfahren, das dem Parlament aller Stufen zwar die höchste Budget-

gewalt zuspricht, gleichzeitig aber schon vom zeitlich gedrängten Ablauf her dafür sorgt, dass wirkliche Strukturbereinigungen gar nicht möglich sind, weil sie entweder langwierige Gesetzesänderungen oder aber ausgedehnte politische Ausmarchungen zur Voraussetzung hätten.

Warum aber ändern wir nichts an diesem Rhythmus? Doch wohl darum, weil wir uns die Kraft nicht zutrauen, den Status quo wirklich zu überwinden. Wir politisieren auf dem Hintergrund der Globalvermutung, dass eine Neueinpendelung des helvetischen Interessenausgleichs keine wesentlich anderen Ergebnisse zeitigen würde. In der Tat zeigen schon die kurzen bisherigen Erfahrungen, dass die jeweiligen Frontlinien bei sparpolitischen Einzelbereichen quer durch Fraktionen und Parteien hindurch gehen.

Hier tritt mit letzter Deutlichkeit zutage, was man normalerweise unter Politikern nicht wahrhaben will: der krasse Mangel an wirklich konkreten und wirklich tragfähigen ordnungspolitischen Leitvorstellungen. Wohlklingende Parteiprogramme und akzentuierte Wahlplattformen helfen in solchen Situationen nicht mehr weiter. Wir weisen ein akutes politisches Theoriedefizit aus. Wir haben uns – jedenfalls im Lager des liberalen Bürgertums – vom helvetischen Pragmatismus einschläfern lassen und vermögen nun, in der finanzpolitischen Stunde der Wahrheit, nicht genau zu sagen, was denn jetzt im einzelnen zu geschehen habe.

Es fehlt uns zum Beispiel eine volkswirtschaftliche Gesamtbilanz der Sozialpolitik, die uns zumindest erlauben würde, das Gewicht des Status quo verbindlich abzuschätzen und es in Relation zum mittelfristig Tragbaren zu setzen. Es fehlt uns ein liberales Konzept der regionalen Strukturpolitik ebenso wie eine klare Vorstellung realistischer und funktionell richtiger Aufgabenteilung zwischen Bund und Gliedstaaten. In der Bildungspolitik werden wir vom Verdacht geplagt, dass die Konzeption überladen sei, wissen aber nicht recht, nach welchen Kriterien revidiert werden solle. Unsere Infrastrukturprogramme entstanden in Zeiten der Überkonjunktur und der prognostizierten Bevölkerungsexplosion, was uns nicht hindert, sie weitgehend unverändert – und im Zeichen der Arbeitsbeschaffung womöglich beschleunigt – weiterzubauen.

Die Reihe der offenen Probleme könnte fast beliebig fortgesetzt werden. Solange wir uns diesen Fragen nicht stellen, solange wir mit andern Worten die Redimensionierung der öffentlichen Haushalte im Stil des üblichen Pragmatismus zu verwirklichen suchen, sind wir zwangsläufig zum Scheitern verurteilt und landen letzten Endes dort, wo wir alle nicht sein wollen: in der politischen und finanziellen Sackgasse. Wir müssen den Mut haben, Prioritäten zu bereinigen und unsere verfilzte finanzpolitische Verbundwirtschaft wieder klarer zu strukturieren. Das mag im Augenblick wenig Lorbeeren einbringen – auf die Dauer wird das Volk eine solche Politik aber honorieren, weil es genau genommen die einzige realistische Politik ist.

Richard Reich

«LAW AND ORDER» IN CHINA

Die stets vorausgesagten und erwarteten *Machtkämpfe* um die Nachfolge des Vorsitzenden Mao Tse-tung haben wenige Wochen nach dem Tode des «grossen Führers und weisen Lehrers» in eruptiver Form eingesetzt. Noch bleibt vieles undurchsichtig, und es ist ungewiss, in welcher Richtung die Entwicklung schliesslich gehen wird. Einige *Tendenzen* lassen sich jedoch bereits heute erahnen, wenn auch konkrete Details der Auseinandersetzungen nach wie vor hinter dem dichten Bambusvorhang des Schweigens verborgen bleiben.

Der Hauptakzent scheint auf dem Bemühen zu liegen, im Schatten des Toten zunächst einen vorsichtigen *Kurs*

der Mitte zu steuern. Die Weichen dafür waren schon frühzeitig gestellt worden. Als im Januar dieses Jahres Ministerpräsident Tschou En-lai starb, wurde nicht der «reaktionärer» Bestrebungen verdächtige *Teng Hsiao-ping* sein Nachfolger, sondern der verhältnismässig wenig profilierte *Hua Kuo-feng*, ein engerer Landsmann Maos, der erst vor wenigen Jahren aus der Provinz Honan in die Kapitale gekommen war und hier in rascher Folge immer wichtigere Ämter übernahm. Tengs Ausschaltung erfolgte in fast klassisch zu nennender Manier. Er verschwand zunächst von der Bildfläche und aus den amtlichen Verlautbarungen; nach einer

bis heute ungeklärte gebliebenen Massendemonstration auf dem Platz des Himmlischen Friedens – man weiß bis jetzt nicht, ob es sich um eine Bewegung zu seinen Gunsten oder um eine gezielte Provokation handelte – wurde er aller Ämter entkleidet, heftig angegriffen und zum einfachen Parteigenosse degradiert. Die Gefahr, dass Maos Erbe damit in die falsche Hand eines der «Rechtsabweichung» verdächtigen Politikers gelangen würde, war damit gebannt. So wenigstens konnte es damals scheinen ...

Als Hua Kuo-feng im April definitiv die Ministerpräsidentschaft übernahm, war es bereits so gut wie sicher, dass er einer der *ernsthaftesten Anwärter* auf die Führung der Partei nach Maos Tod sein werde. Der physische Verfall des greisen Vorsitzenden ließ voraussehen, dass die Spanne bis zu seinem Ableben kurz bemessen sein würde. Hua hat die Zeit jedoch gut genutzt. In den wenigen Monaten seiner neuen Amtswürde wurde er offensichtlich zur zentralen und integrierenden Figur der Partei. Auf welche Kräfte er sich dabei stützen konnte, ist unsicher; er scheint jedoch vor allem bei der *Armee* Rückhalt gefunden zu haben. Im Ministerium für öffentliche Sicherheit, das er seit dem IV. Volkskongress vom Januar 1975 bekleidete, dürfte ihm zudem genügend Gelegenheit geboten worden sein, die Macht in Staat und Partei in immer stärkerem Masse in seiner Hand zu konzentrieren.

Als einziges Gegengewicht von einiger Stärke blieb so im September bei Maos Tod lediglich die um die Witwe des Vorsitzenden, *Tschiang Tsching*, gescharte Gruppe von Schanghaier Radikalen. Was sich in dem knappen Monat zwischen Maos Ableben am 9. Sep-

tember und dem 7. Oktober abgespielt hat, als die Partei Hua zu dessen Nachfolger ausrief, bleibt vorläufig im Dunkeln. Dass es zu harten Auseinandersetzungen gekommen ist, dürfte so gut wie sicher sein, ebenso, dass jede der sich befehdenden Faktionen in Anspruch nahm, der wahre und einzige Gralshüter der Ideen Maos zu sein. Was die gestürzte und als «Viererbande» verfehlte Schanghaier «Mafia» in Tat und Wahrheit für Ziele verfolgte, verschwindet heute unter einer Flut von Anklagen und Beschimpfungen, die sich kryptisch hinter Floskeln verstecken wie: Verschwörung, Verfälschung des Testamente von Mao, illegale Verbindungen mit dem Ausland, ja Wiedereinführung des Kapitalismus. Sicher scheint lediglich zu sein, dass die Kommunistische Partei Chinas – möglicherweise in Erinnerung an die «Kulturrevolution» und ihre Folgen – nicht Hand bieten wollte zu radikalen Experimenten einer «permanenter Revolution», sondern den risikofreieren Weg der Sicherheit und Kontinuität wählte – «law and order» auf chinesisch, wenn man so will.

Damit ist aber lediglich eine *erste Etappe* erreicht worden und auch diese offensichtlich nicht ohne harte Kämpfe. Meldungen über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte zur Wiederherstellung von Ruhe und Sicherheit in den Provinzen *Fukien* und *Honan* deuten darauf hin, dass der Übergang von Mao zu Hua auch im Lande nicht reibungslos erfolgt ist. Niemand weiß auch, wie stabil die Basis bleibt, auf die sich der neue Parteiführer Hua heute abstützt. Der Anspruch auf die Nachfolge Maos war zu dessen Lebzeiten ein Roulette mit dem Tod wie das Schicksal *Lin Piaos* und *Liu Shao-tsches* zeigen.

Hua ist beinahe kometenhaft an die Spitze der Macht gelangt, und die Außenwelt weiss wenig über ihn. Erfüllt er den übermenschlichen Rahmen, den ihm sein Vorgänger geschaffen hat oder

bleibt seine Herrschaft nur Episode? Das neue China muss sich sein Profil erst schaffen.

Alfred Cattani

ENDE DER REZESION?

Wie immer, wenn sich ein Jahr dem Ende entgegenneigt, beginnt die Saison der *Prognostiker*. Was wird das neue Jahr bringen? Ende 1975 waren die Ausblicke hoffnungsvoll. Der Glaube an das Ende der Rezession dominierte die Erwartungsprofile. Dieser Glaube ist 1976 wie Schnee an der Sonne zer-ronnen. Der Aufschwung ist nicht gekommen. Die Talsohle ist breiter, als allgemein angenommen wurde. Wird sie 1977 endgültig durchschritten werden?

Auf diese Frage wagt momentan niemand eine bündige Antwort zu geben. Die Konjunkturindikatoren weisen noch keineswegs eindeutig nach oben. Von Anzeichen eines breiten konjunkturellen Aufschwungs ist nichts zu sehen. Die reputierten Konjunkturinsti-
tute und internationalen Organisationen geben sich in ihren Voraussagen betont *zurückhaltend*. Und dies nicht nur aus Zweckpessimismus, sozusagen als Reaktion auf die Enttäuschungen des Jahres 1976. Tatsächlich ist schwer auszumachen, woher eigentlich neue expansive Impulse kommen sollten. Die meisten westlichen Industriestaaten erwarten, wenn überhaupt, ein sehr moderiertes wirtschaftliches Wachstum – und hoffen auf einen aufwärtsgerichteten Trend im Export! Das Heil wird mithin vom wirtschaftlichen Partner erwartet. Aber wenn dies alle tun? Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

Ziemlich übereinstimmend wird von

allen Auguren hervorgehoben, dass das bescheidene wirtschaftliche Wachstum, das 1977 in Aussicht steht, *nicht* ausreichen wird, um die bestehende Arbeitslosigkeit aufzusaugen. Kommt dazu, dass die strukturellen Anpassungsprozesse noch keineswegs durchgestanden sind, die Bewältigung des Arbeitslosenproblems also von dieser Seite erschwert wird. Der Fachgelehrte spricht in diesem Zusammenhang von «*Sockelarbeitslosigkeit*». Sie wird die westlichen Industriestaaten auch 1977 begleiten.

Für die Schweiz ist die Entwicklung in den Wechselkursrelationen von besonderer Bedeutung. Sie beeinflussen in hohem Masse die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie. Aber auch in diesem Bereich lassen sich keine Trends isolieren oder Gründe finden, die die Annahme stützen könnten, es stehe eine Korrektur des überbewerteten Schweizer Frankens unmittelbar bevor. Es wäre deshalb wohl weise, wenn vorläufig von wirtschaftspolitischen Massnahmen abgesehen würde, die die Ertragserwartungen der Unternehmer beeinträchtigen. Die Ertragserwartungen bestimmen in einem ganz entscheidenden Ausmaße die unternehmerischen *Investitionsentscheide*; es sollte sich nun herumgesprochen haben, dass für den lahmenden Konjunkturaufschwung nicht zuletzt die zurückhängende Investitionstätigkeit verantwortlich ist.

Ob allerdings sowohl der Bundes-

rat wie das eidgenössische Parlament diese offensichtliche Priorität zur Kenntnis nehmen und zur Richtschnur ihres Handelns erheben werden, ist eher unsicher. Die Fakten weisen in einer andern Richtung. Die öffentlichen Ausgaben, vor allem jene im Bundeshaushalt, wachsen «fröhlich» weiter. Sie werden sich teilweise in steigenden einzelbetrieblichen Kosten niederschlagen und damit die Investitionstätigkeit weiter hemmen. Keine sehr schöne Perspektive in einer Zeit, in der eigentlich Steuersenkungen angebracht wären.

Soll die Wettbewerbskraft der schweizerischen Exportindustrie nicht weiter verschlechtert werden, so ist auch unbedingt darauf zu achten, dass die nun glücklich unter Kontrolle gebrachte *Inflation* nicht wieder von neuem aufflackert. Bekanntlich sind die Löhne und Lohnnebenleistungen (labor costs) in den vergangenen Jahren zu-

folge der Inflation in Europa wesentlich rascher gestiegen als in den USA – neben der Abwertung des Dollars der wichtigste Grund dafür, dass sich im Investitionsstrom zwischen den USA und Europa eine völlige *Trendumkehr* durchgesetzt hat. Die USA sind nun ein *Nettoimporteur* von Investitionen geworden. Dies ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass sich die Standortfaktoren zuungunsten Europas verschoben haben.

So wie die Dinge heute liegen, dürfte sich das Wirtschaftsjahr 1977 nicht wesentlich von seinem Vorläufer unterscheiden. Übertriebener Optimismus lässt sich im Blick auf die verfügbaren Beurteilungskriterien ebensowenig begründen wie rabenschwarzer Pessimismus. In jedem Fall ist wirtschaftspolitische Vorsicht geboten.

Willy Linder

Kommentare

BIERMANN, KUNZE UND DIE FOLGEN

Was eint die Deutschen eigentlich / Trotz Stacheldraht und Minen / Was ist an dem zerrissnen Volk / Noch unteilbar geblieben? (...) «Die massgeblichen Kahlköpfe / in beiden deutschen Staaten / Es eint sie, dass sie beide für / Die Einheit wenig taten. – Sie hoffen beide weiterhin / Dass jeweils bei dem andern / Die Reaktion am Ruder bleibt / Sie müssten selbst sonst wandern (...) Das alles eint uns kolossal / Wir bleiben was wir waren: / Das deutsche Volk, ein einig Volk / Von Denkern und Barbaren!» Wolf Biermann, Deutschland. Ein Wintermärchen. 1965ff.

Tief in der Nacht, an einem Freitag im deutschen November, hat ein politischer Bänkelsänger halb Deutschland um den Schlaf gebracht – ein Deutschland in den Grenzen nach dem Potsdamer Ab-

kommen, vom Rhein bis an die Oder, ausgenommen jene blinden Flecken, die das West-Fernsehen nicht erreicht (denen freilich der West-Rundfunk die akustische Anschauung nachlieferte). Nach